

Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Februar 2013

Nr. 02 · 9. Jahrgang

Unser LINKEs Projekt lebt!

Potsdamer Wahlkampfhelfer waren in Niedersachsen/Optimistische Gedanken von Steffen Pfrogner

Wahlsonntag, 17:59 Uhr, im Berliner Karl-Liebknecht-Haus: Der Saal knacke voll, und das nicht nur durch Genossen wie Bartsch, Lay, Wawzyniak und andere, sondern auch durch die unzähligen positionierten Kameras samt deren Reportern. 18:00 Uhr, mucksmäuschenstill: Erst die Prognose zur FDP und dann die zu den Unsrigen; kein Wort, kein einziges ist zu vernehmen.

Wieder zurück in der unweit gelegenen und von einem stadtentwicklungspolitisch engagierten Berliner Genossen geführte Lu-

xemburg-Bar schöpft man Kraft und Optimismus, während andere hadern. Warum? Weil das LINKE Projekt lebt, mehr als es sich viele an diesem Abend vorstellen können. Das bedingt aber eine konsequente Politik, die gesellschaftliche Mehrheiten für linke Ideen begeistern kann.

Es war richtig, dass drei Genossen aus dem Ortsverband Potsdam-Süd der Bitte um aktive Wahlkampfhilfe gefolgt sind und sich ein ganzes Januarwochenende mit der Verteilung von fast 6.000 Flyern in der niedersächsischen Stadt Osnabrück um die Ohren geschlagen haben. Ludwig Stern, ein (immer) Aktiver aus der Waldstadt und Steffen Pfrogner sagen hier noch einmal herzlichen Dank für die freundliche Aufnahme bei den Osnabrücker LINKEN, wie der Landesvorsitzenden Gisela Brandes-Steggewentz, ihrem Ehemann Olaf und Ralf Seeberg. Es hat Spaß gemacht, wir bleiben in Kontakt, auch in stadtentwicklungspolitischen Fragen.

Unser aller Engagement hat nicht gereicht, sicherlich auch dann nicht, wenn noch weitere Genossen Wahlkampf geführt hätten. Was

wir brauchen, ist ein anderes gesellschaftliches Klima, ein zur Mitwirkung einladendes, auch in Potsdam. Ein Anfang ist bereits gemacht mit dem Generationswechsel im Kreisverband, der offenen Geschäftsstelle, den politischen Angeboten. Jedoch finden und fördern sollten wir auch Köpfe, Sympathieträger und Engagierte mit einer Ausstrahlung in breiteste Schichten Potsdams hinein. Unser LINKEs Projekt wird dann Erfolg haben, wenn wir der Gesellschaft das vorleben, was wir ihr politisch unterbreiten: uneingeschränkte Mitwirkungsmöglichkeiten.



Ludwig Stern (l.) mit Ralf Seeberg im Einsatz.



Steffen Pfrogner im Wahlkampf Ecke Potsdamer Straße in Osnabrück.

LINKE SPITZEN: Von Norbert Müller, DIE LINKE, Bundestagskandidat für den WK 61

Aufgeben gilt nicht, weil DIE LINKE gebraucht wird

DIE LINKE wird im Niedersächsischen Landtag fehlen, so viel steht fest. Ich möchte diesen Satz begründen, weil er für sich genommen nur eine Behauptung ist. DIE LINKE wurde 2007 gegründet, weil es in jedem Parlament eine Partei geben sollte, die sich gegen Renten- und Lohnkürzungen, gegen den Abbau von Sozialleistungen und gegen Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge ausspricht und für eine andere Politik kämpft. Sie ist die Wahlalternative für jene, die sich von der Politik der etablierten Parteien von CDU bis SPD abwenden.

Ein Beispiel: 2008 konnte der Druck von Studierendenprotesten auf der Straße und der LINKEN im Landtag erreichen, dass in Hessen die Studiengebühren wieder abgeschafft wurden. Damals reichte es nicht allein für eine Landesregierung von SPD und Grünen. In Niedersachsen ist DIE

LINKE die einzige Partei gewesen, die die unsägliche Campus-Maut sofort abschaffen wollte. Weil jetzt SPD und Grüne alleine regieren können, ist völlig ungewiss, ob, wann und wie die Studiegebühren auch in Niedersachsen wieder zurückgenommen werden.

Im Bundesrat haben nun die von SPD, Grünen und LINKEN regierten Bundesländer eine Mehrheit. Bleibt DIE LINKE zu den Bundestagswahlen stark, macht dies den Weg frei für die Verwirklichung



auch sozialdemokratischer und grüner Wahlversprechen. Die WählerInnen haben im September zu den Bundestagswahlen die Chance, im Bundestag eine Mehrheit für die Einführung des Mindestlohnes, für die Angleichung der Ostrenten und die Rücknahme des Betreuungsgeldes zu wählen. SPD und Grüne haben aber in der Vergangenheit zu oft bewiesen, dass ihren Wahlversprechen wenig zu trauen ist. Als die PDS 2002 aus dem Bundestag herausflog, konnten SPD und Grüne zusammen mit Union und FDP ungehindert und un widersprochen die Agenda 2010 und Hartz IV durchsetzen. Von den sozialen Wahlversprechen der rot-grünen Koalition blieb nichts mehr übrig.

Deswegen braucht es DIE LINKE als Garantie-macht für die Umsetzung der Wahlversprechen von SPD und Grünen. Denn je stärker DIE LINKE wird, desto sozialer wird auch das Land.

In dieser Ausgabe

LINKS INFORMIERT:

3 DIE LINKE und ihr Wahlkampfteam/RLS-Neujahrsempfang/Spendenaufruf

LINKS IM RATHAUS

5 Wie weiter Weisse Flotte und Forschungsreaktor Wannsee?/Faires Brandenburg/STEK Wohnen

STERN/ KIRCHSTEIGFELD/ DREWITZ

6-8 Ortsvorstand Stern-Kirchsteigfeld-Drewitz vorgestellt/Neues Gartenstadt-Logo/ Bürgervertretung Drewitz eröffnet/Bauen am Keplerplatz



ORIGINAL SOZIAL

10 Brandenburg hat Vorsitz der Gesundheitsministerkonferenz/Glosse: „Genosse Peer“

ANTIFA

11 „Gedenkpolitik“ in Potsdam im Visier/Mauthausen-Komitee zu Otto Wiesner

Informationen der Redaktion

Die Redaktionssitzung für unsere März-Ausgabe findet am Dienstag, 5. Februar 2013, ab 17.00 Uhr, in der Geschäftsstelle Dortustraße 53 (Atrium) statt. Inhaltlichen Schwerpunkt der März-Ausgabe bildet der Bereich Babelsberg/Zentrum-Ost. Die Ausgabe ist dann ab dem 5. März 2013 in der Geschäftsstelle abzuholen.

Gedenken an Karl und Rosa

Es ist eine gute Tradition, dass auch PotsdamerInnen im Januar Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gedenken. So am 94. Jahrestag ihrer Ermordung (15. Januar) vor dem Haus Hegelallee 38, dem ehemaligen SPD-Vereinslokal, in dem Karl Liebknecht 1914 von seinen Genossen den Auftrag erhielt, im Reichstag gegen die Bewilligung der Kriegskredite zu stimmen.

Rund 200 BürgerInnen kamen aus gleichem Anlass am 20. Januar in den Lustgarten zum Monument „Herz und Flamme der Re-

volution“ (Foto). Unter den Anwesenden waren u. a. die beiden LINKEN-Minister Anita Tack und Volkmars Schöneburg, Mitglieder der LINKEN-Stadtfraktion mit Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg an der Spitze, sowie Norbert Müller, der Potsdamer Bundestagskandidat, und das FDP-Mitglied Thomas Hintze (Bl. „Pro Brauhausberg“). Vertreter der Stadtspitze und vor allem der Potsdamer SPD beteiligten sich nicht am Gedenken an ihre früheren Mitglieder Liebknecht und Luxemburg.

Norbert Müller hob in seiner Gedenkrede den Kampf von Karl und Rosa gegen Krieg und für soziale Umgestaltung hervor. Ziele, für die DIE LINKE auch heute verstärkt eintritt.

Bundeswehreinätze wie in Afghanistan und die Debatte um eine deutsche Beteiligung am Militäreinsatz in Mali zeigten, dass Krieg und Frieden ein aktuelles Thema seien, sagte der LINKE-Bundestagskandidat Norbert Müller.



Ungenützte Chancen und fehlende Selbstkritik

Gedanken nach dem Interview von Jann Jakobs zum Jahreswechsel/Gemeinsam für ein erfolgreiches 2013/Von Sascha Krämer

Ich weiß nicht, ob ihm das Friedrich-Jahr zu Kopf gestiegen ist, aber Herr Jakobs sollte noch einmal das Jahr 2012 in Ruhe Revue passieren lassen und sich fragen, ob nicht er und seine Beigeordneten auch den einen oder anderen Fehler begangen haben. Diese nicht begründbare altpreußische Selbstherrlichkeit, in der er seine Jahresinterviews in der MAZ und dann PNN gegeben hat, steht ihm und seiner objektiven Leistung nicht zu.

Es ist schon bemerkenswert, wie er sein dilettantisches Vorgehen bei der Kunsthalle komplett, ohne jegliche Selbstkritik darstellt und es einfach mal so der LINKEN zuschiebt. Er hat es immer noch nicht begriffen warum Herr Plattner nun in Potsdam, aber an einem anderen Ort baut. Schade.

DIE LINKE sieht Stadtplanung und städtebauliche Entscheidungen als ein zutiefst demokratisches Mittel an. Wir haben den Wunsch nach demokratischen Entscheidungsprozessen und nach einer ausgeglichen Stadtentwicklung. Warum hat Herr Jakobs keine Bürgerumfrage zu der Thematik initiiert? Das war immerhin eine Empfehlung von

Herrn Plattner. Das wäre ein ehrliches Zusammenwirken der Bürgerkommune Potsdam und dem Engagement von Herrn Plattner mit einer demokratischen Entscheidungsfindung gewesen. Diese Chance hat der OB vertan.

Ansonsten zeichnete sich der OB dadurch aus:

- ▶ entweder den Bürgerwillen großzügig zu umschiffen - siehe Bürgerhaushalt - oder beim Bürgerwillen mal komplett daneben zu liegen – siehe Standort der neuen Schwimmhalle,
- ▶ wenig Rückgrat zu haben - siehe Auseinandersetzung mit der SPSG und
- ▶ kaum Interesse an einer lebendigen, modernen Stadt - oder wie erklärt er sich das Absterben der Potsdamer Alternativkultur.

Es werden in Potsdam zu oft ideologische Grabenkämpfe geführt und Klischees strapaziert, anstatt sich über politische Ziele zu unterhalten. Dabei geht es uns um den Dialog, wie wir gemeinsam die Stadt lebenswerter gestalten. Außerdem geht es uns dar-

um, wie wir mehr Begeisterung für politische Partizipation sowie mehr echte Bürgerbeteiligung erreichen. Wechselnde Mehrheiten können hier sehr belebend sein. Ich wünsche mir für 2013, dass sich die politischen Verantwortungsträger gemeinsam für das Wohl der Stadt einsetzen. Und sich gelegentlich auch einmal selbstkritisch hinterfragen.

Und nun mal konkret: Da hat doch zum ersten Mal seit 2008 der Oberbürgermeister nicht ausgeschlossen zukünftig mit der LINKEN zusammenarbeiten zu wollen. Prima. Damit können wir doch gleich loslegen. Brauchen wir ein festes institutionelles Gefüge, um gemeinsam Sachthemen zu bearbeiten? Müssen SPD und LINKE bis 2014 warten um gemeinsam zusammenzuarbeiten? Und nun mal provokant gefragt: Welche Rolle spielt der Oberbürgermeister bei einer wie auch immer gearteten Zusammenarbeit von Fraktionen?

Es sind nicht Pfründe oder Posten, sondern das Bestreben diese Stadt gerechter, ökolo-

(Fortsetzung auf SEITE 3)

IMPRESSUM
 „Potsdams andere Seiten“
 Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender. Dortustraße 53, 14467 Potsdam.
REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Jens Hörnig**, Reisen, Service; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
 „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

LINKEs Spitzenteam für Wahlkampf



Auf einer Pressekonferenz in Berlin hat DIE LINKE am 21. Januar 2013 ihr achtköpfiges Spitzenteam für den diesjährigen Bundestagswahlkampf vorgestellt. Ihm gehören an (von links): Nicole Gohlke, Jan van Aken, Carren Lay, Klaus Ernst, Gregor Gysi, Dietmar Bartsch, Sahra Wagenknecht und Diana Golze.

SPENDENAUFBRUF
BUNDESTAGSWAHL 2013

DIE LINKE.
Kreisverband Potsdam

Liebe LeserInnen von „Potsdams andere Seiten“,

in den nächsten Jahren stehen wir nicht nur vor den normalen tagespolitischen, sondern auch vor strategischen Herausforderungen, wenn man Wahlen so nennen darf: Die Bundestagswahl im September 2013, die Kommunal- und Europawahlen im Juni 2014 und die Landtagswahlen Ende 2014.

Insgesamt stehen vier Wahlen an, denen sich unsere Partei insgesamt und somit auch wir Potsdamer LINKEN stellen müssen und auch werden.

LINKS wirkt! Dies begegnet uns in der realen Politik. Preiswerter Wohnraum, Jugendkultur und Klimaschutz sind nun auch bei den anderen Parteien keine Fremdwörter mehr. Sie sind gesellschaftlicher Alltag.

Neben dem hohen persönlichen Einsatz, den wir von unseren Mitgliedern abverlangen, benötigen wir finanzielle Mittel über den normalen Parteihaushalt hinaus. Deshalb bitten wir alle Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten unsere Partei zu unterstützen sowie über die eigene Spende hinaus auch das Gespräch mit Freunden zur finanziellen Unterstützung unserer Partei zu suchen.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Sascha Krämer, Kreisvorsitzender

Bankverbindung: DIE LINKE. Potsdam - Bank: MBS Potsdam
Kontonummer: 1000 943 786
Bankleitzahl: 160 500 00
Kennwort: Spende Bundestagswahl 2013

Förderpreis für wissenschaftliche Arbeit zu Rechtspopulismus

Neujahrsempfang der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Filmmuseum Potsdam

Es ist in mehr als einem Jahrzehnt zur guten Tradition geworden, dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg alljährlich zu ihrem Neujahrsempfang einen „Wissenschaftlich-publizistischen Förderpreis“ für einen jungen Wissenschaftler vergibt, der an einer Brandenburger Hochschule/Uni eine bemerkenswerte wissenschaftliche Arbeit abgeliefert hat. Maik Schuparis hat in einer Master-Arbeit an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam den „Rechtspopulismus in Europa – Niederlande und Ungarn im Vergleich“ untersucht. Der Autor stammt aus Grimmen, einer Hochburg der Neonazis in Vorpommern, das habe ihm den Antrieb zur Beschäftigung mit dem Thema gegeben, vor allem die noch wenig erforschte Frage des Vergleichs des alten Rechtspopulismus in der westlichen mit dem neuen Rechtspopulismus innerhalb der östlichen EU. Die Laudatio hielt Prof. Dr. Raimund Krämer, der Betreuer der Arbeit, die nun, wie alle bisher ausgezeichneten 13 Arbeiten in gedruckter Form vorliegt. Maik Schuparis ist Mitarbeiter des SPD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Edaty, der auch dem NSU-Untersuchungsausschuss vorsitzt.

Dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung sich als parteiübergreifende Einrichtung der politischen Bildung versteht, wird auch in dieser Auszeichnung deutlich, an der auch (nicht zum ersten Mal) der Leiter des Brandenburger Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung Eugen Meckel teilnahm.



Der Preisträger Maik Schuparis (l.) mit dem Vorsitzenden des Kuratoriums der RLS, Dr. Wolfgang Girnus

Gekommen war auch der Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dr. Florian Weis, die beiden Landesminister der LINKEN Anita Tack und Volkmar Schöneburg, die Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann, der Landesvorsitzende Stefan Ludwig – und rund 170 Gäste im Filmmuseum. Sie sahen anschließend die Voraufführung eines neuen Dokumentarfilms von Stefan Mehlhorn „Eine Reise durch die Lausitz mit Rue Lascar“, der die international zusammen gewürfelte Band zu verschiedenen Orten der Lausitz zu spontanen Auftritten und Aufnahmen begleitet. Höhepunkt dabei der Auftritt im Kulturhaus Plessa, ein typischer 1950-er-Jahre Bau, heute für die Bergbau-abgewinkelte Gemeinde mit 3000 Einwohnern viel zu groß, das mit außerordentlichem Engagement ehrenamtlich am Leben gehalten wird.

Geschäftsführer Detlef Nakath verwies in seiner Bilanz des Vorjahres auf 164 Veranstaltungen der politischen Bildung, die von den vier Regionalbüros organisiert wurden. Insgesamt erreichte die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg damit rund 10.000 Personen (Veranstaltungsprogramm unter www.brandenburg.rosalux.de).

(Fortsetzung von SEITE 2)

gischer, nachhaltiger und einfach lebenswerter zu gestalten. Das ist Ziel unserer Politik. DIE LINKE ist in der momentanen Situation Ideengeber. Die Tatsache, dass sich die SPD selbst in die babylonische Gefangenschaft begeben hat, macht es fast unmöglich diese Ideen, Vorschläge umzusetzen.

Mit Erstaunen und Verwunderung mussten wir bisher immer wieder feststellen, dass sich die SPD hinter ihrer Rathauskooperation und ihrer gebetsmühlenartig vorgetragenen Äußerung „mit der LINKE wegen Scharfenberg

nicht“ versteckt hat. Und nun die Wende? Natürlich sind Personen in der Politik wichtig, aber Inhalte sollten wichtiger sein. Nun ist es so, dass wir auf kommunaler Ebene Koalitionen oder Kooperationen als kontraproduktiv betrachten. Daher streben wir - DIE LINKE - auch eine SVV der wechselnden Mehrheiten an. Fraktionen müssen Inhalte als Maßstab ihres Handelns nehmen und nicht den Kooperationszwang. Nur das bringt Potsdam voran.

Bei einer möglichen Zusammenarbeit geht es uns um das Aufbrechen alter Strukturen und alten Denkens. Und um die Frage, wie linke Politik und linkes Denken stärker das

Geschehen und die Gesellschaft in Potsdam prägen kann. Die Glaubwürdigkeit einer Politik mit linkem Anspruch muss an Ergebnissen anhand dieser Kriterien gemessen werden und nicht am verbalen, aber folgenarmen Bekenntnis zu diesen Werten. Linke Politik muss sich am praktischen Handeln und am gesellschaftlichen Nutzen beweisen.

Die SPD steht eben vor der Wahl, ob sie sich weiter selbst belügen will und sich hinter angeblichen Sachzwängen versteckt, die eine Politik gemeinsam mit der LINKEN verhindern würde oder ob sie endlich einen neuen Weg gehen will. Dieser Weg kann nur dadurch

gezeichnet sein, dass es endlich wieder um Inhalte geht und nicht mehr darum, aus welcher Fraktion ein Antrag kommt. DIE LINKE will diese Stadt gestalten, will sie sozialer und gerechter machen. Die Probleme Potsdams werden in den nächsten Jahren nicht weniger, deshalb wird es Zeit für ein Umdenken. Wir wollen ein Potsdam für Alle und nicht nur für die, die es sich leisten können.

Aber auch darüber hinaus stehen wir für eine inhaltliche Debatte zur Zukunft der Stadt immer gern zur Verfügung. Jakobs und die SPD mögen doch jetzt zeigen, dass es ihnen ernst ist. DIE LINKE ist für eine inhaltliche Zusammenarbeit bereit.

Mädchen im Militärwaisenhaus leisten Fronarbeit

Februar 1783

Hofrat Dr. Frese fertigt ein Gutachten über die Arbeitsumstände der Mädchen im Großen Militärwaisenhaus an; in dem heißt es u.a.: „Es ist unumstößlich gewiß, daß diese Arbeit den Waisenmädchen schade; denn wenn man betrachtet, daß dieselben in den 6 Wochentagen 35 Stunden am Klöppelkissen gekrümmt und wie angefesselt sitzen müssen, so ergibt

sich von selbst, daß nicht nur die Augen, sondern auch Brust und Unterleib dabei äußerst leiden. Gleich nach dem Mittagstische werden dieselben mit ihren von grober Kost stark angefüllten und ausgedehnten Mägen an diese so lästige Arbeit geführt und müssen in Sälen arbeiten, (die) eine schon verdorbene und faule Luft enthalten. Die Verdauung macht

sich also sehr übel, es entsteht ein roher und sehr schleimichter Nahrungssaft, die Säfte des Körpers werden zähe und zum Kreislauf ungeschickt, daher denn Krätze, Scharbock und verhärtete Gekrösedrüsen, die zu langwierigen Auszehrungen und hektischen Fiebern Anlaß geben, hiervon ganz natürliche Folgen sind.“

Der Reichstag brannte

Februar 1933

In den Abendstunden des 27. Februar 1933 ging das Berliner Reichstagsgebäude in Flammen auf. Wenige Stunden nach dem Brand unterschrieb Reichspräsident v. Hindenburg die „Notverordnung zum Schutze von Volk und Staat“. Extrablätter der Rechtspresse behaupteten, die Kommunisten hätten den Reichstag angezündet.

Der Strafprozess vor dem Reichsgericht gegen die Kommunisten Ernst Torgler (Vorsitzender der KPD-Reichstagsfraktion), Georgi

Dimitroff (Leiter des Westeuropäischen Büros des Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI)), und die bulgarischen Kommunisten Popoff und Tannef, sowie gegen den Marius van der Lubbe sollte ein Schauprozess und ein Triumph der Nazis über die kommunistische Bewegung werden. Das Gegenteil trat ein! Georgi Dimitroff drehte den Spieß während des Prozesses um und führte Göring vor: Nicht die Kommunisten, die Nazis waren jetzt die Angeklagten.



Schüler helfen Bedürftigen

Februar 1963

Oberbürgermeisterin Brunhilde Hanke schreibt Anfang Februar 1963 an die Mitglieder der FDJ-Gruppe der Klasse 8 der Sprachheilschule; „Liebe Jugendfreunde! Ich habe von eurer Initiative gehört, die ihr in diesen schweren Tagen gezeigt habt. Ohne besondere Aufforderung habt ihr überlegt, was zu tun ist, um

Kranke und Rentner vor Kälte zu schützen. Ihr habt beträchtliche Mengen Abfallholz gesammelt, zersägt, gebündelt und Bedürftigen zur Verfügung gestellt. Damit habt ihr euch eingereiht in die Front der besten Werktätigen unserer Stadt, die in unermüdlicher Tages- und Nachtarbeit den Kampf gegen Frost und

Schnee aufgenommen haben. Ich danke euch aufrichtig für diese Tat, die eines Mitgliedes der Freien Deutschen Jugend würdig ist. Ich wünsche euch neue Erfolge beim Lernen und viel Freude bei Sport und Spiel.“ (MV, 02. 02. 1963)

-rt

Tragischer früher Tod von Brigitte Reimann

Februar 1973

Brigitte Reimann wurde am 21. Juli 1933 als ältestes von vier Geschwistern in Burg bei Magdeburg geboren. Nach dem Abitur war sie als Lehrerin und dann in weiteren Berufen tätig, bis sie nach der Veröffentlichung ihres ersten Buches 1955 als freie Autorin arbeitete. Im Jahr 1960 zog sie nach Eisenhüttenstadt – in die „zweite sozialistische Wohnstadt“. Hintergrund dieser Entscheidung war der sogenannte „Bitterfelder Weg“, der eine bestimmte Periode in der Literaturgeschichte der DDR in den frühen 60er Jahren des 20. Jahrhunderts widerspiegelt. Profes-



sionelle Schriftsteller begaben sich in die „sozialistische Produktion“, in die Betriebe, wurden in die Arbeitskollektive „integriert“ und schrie-

ben über das Leben der Werktätigen, leiteten oftmals die Zirkel „Schreibende Arbeiter“, in denen sich Werktätige schriftstellerisch betätigten. Wie viele ihrer Schriftstellerkollegen ging auch Brigitte Reimann „in die Produktion“. Während ihrer Zeit in Hoyerswerda (1960 bis 1968) entstanden zahlreiche Werke - Erzählungen, Hörspiele -, mit denen sie sich als anerkannte Schriftstellerin einen bleibenden Platz in der DDR-Literatur geschaffen hat. 1968 zog sie nach Neubrandenburg. Eine schwere Krebserkrankung führte zu ihrem tragischen, frühen Tod am 20. Februar 1973.

Weltweite Proteste gegen Irak-Krieg

Februar 2003

In allen Teilen der Welt haben am 15. Februar 2003 Millionen Menschen in mehr als 75



Ländern an Protesten gegen einen drohenden imperialistischen Krieg gegen den Irak teilgenommen.

In Berlin demonstrierten 500.000 Menschen gegen einen drohenden Irak-Krieg. In Stuttgart waren es 50.000 und noch viele mehr in verschiedenen Städten der Bundesrepublik.

In New York protestierten über 500.000, in Los Angeles sollen es 100.000 gewesen sein. In weiteren Städten der USA fanden Proteste statt. In Paris und ganz Frankreich gingen über 500.000 auf die Straße. In London waren

weit über 1 Million Menschen auf den Straßen, um gegen die Kriegspolitik der USA und der eigenen Regierung zu demonstrieren.

In Rom und Italien sollen es 3 Millionen Menschen gewesen sein. In Spanien erhoben mehr als 2 Millionen ihre Stimme gegen den Krieg und gegen die Unterstützung des Kriegskurses der USA durch die spanische Regierung. Alleine in Barcelona sollen es 1,3 Millionen gewesen sein. In Melbourne gingen an die 200.000 auf die Straße.

Endlich dauerhafte Lösung für Weisse Flotte

Endlich zeichnet sich eine dauerhafte Lösung für die Weisse Flotte ab. Die Diskussion um einen Neubau anstelle des provisorischen Palmenzeltes geht bekanntlich bis 2005 zurück. Die Linksfraktion hat sich von vornherein dafür eingesetzt, dass die Flotte, die ein wichtiges Aushängeschild für den Potsdamer Tourismus ist und eine ganze Reihe von Arbeitsplätzen sichert, einen solchen Bau errichten darf. Mit unseren Anträgen und Anfragen haben wir das Thema am Kochen gehalten und befördert. Schon 2007 lag ein mit der Verwaltung abgestimmter Gestaltungsvorschlag vor, der jedoch zerredet wurde. Insbesondere die Grünen sehen in dem mittelständischen Unternehmen einen störenden Faktor für die Gestaltung der historischen Mitte der Stadt. 2010 beschloss dann die Stadtverordnetenversammlung, dass die Flotte unterhalb des „Mercur“ bauen darf. Durch die mit dem Kunsthallenprojekt von Hasso Plattner angefeuerte Diskussion um den Abriss des „Mercur“ erhielt die Weisse Flotte eine Zusage des Oberbürgermeisters, dass der Neubau am Neptunbecken errichtet werden kann. Nach all dem ständigen Auf und Ab hat der Oberbürgermeister der Stadtverordnetenversammlung im Dezember Anträge zum Bau eines neuen Hafengebäudes am Neptunbecken und zum Verkauf des entsprechenden Grundstücks an die Weisse

Flotte vorgelegt. Da diese Vorlagen Ergebnis einer langen Diskussion und von verschiedenen Wettbewerben ist, hätte DIE LINKE sofort zugestimmt, um endlich Nägel mit Köpfen zu machen. Die Vorlagen wurden jedoch überraschend mit Zustimmung der SPD erneut in die Ausschüsse überwiesen. Anfangs durfte man noch annehmen, dass die SPD damit lediglich den Grünen mit Frau Hüneke einen Gefallen tun wollte, grundsätzlich aber den Verwaltungsvorschlag unterstützen würde. Im Ausschuss für Stadtentwicklung plädierten die drei SPD-Vertreter aber wie die Grünen für eine weitere Prüfung und lehnten den Verwaltungsvorschlag ab. Für dieses Umfallen gab es keinerlei Anzeichen und offensichtlich auch keine Vorabgespräche innerhalb der SPD-Fraktion. Das korrigierten die SPD-Vertreter eine Woche später im Hauptausschuss, indem sie der geänderten Vorlage des Oberbür-

germeisters zustimmten, um dann zwei Tage später erneut wankelmütig zu werden und erhebliche Zweifel zu äußern. Wieder war unklar, ob die SPD den Antrag mittragen würde. Offenbar konnten die Zweifel beseitigt werden, so dass DIE LINKE mit Teilen der SPD- und der CDU/ANW-Fraktion für die Verwaltungsvorlage gestimmt hat.

Damit hat der Standort am Neptunbecken in der Stadtverordnetenversammlung am 30.01.2013 eine Mehrheit gefunden. Damit erhält die Weisse Flotte endlich einen dauerhaften Standort und eine langfristig stabile Grundlage.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg



Weiter für wechselnde Mehrheiten

Noch stärker als in den Vorjahren zeichnet sich Oberbürgermeister Jakobs in seinem Jahresrückblick durch Arroganz und Großmäuligkeit aus. Die selbstgefällige Betrachtung lässt keinerlei Selbstkritik zu, sondern sucht die Fehler bei anderen. Aber wenn es denn so wäre, dass die Entscheidung von Hasso Plattner, die Kunsthalle nicht mit dem Abriss des „Mercur“ zu verbinden, eine Niederlage ist, dann liegt die Verantwortung für diesen Ausgang doch bei Herrn Jakobs. Schließlich hat er nach eigener Aussage Herrn Plattner mit seinem großzügigen Angebot auf den umstrittenen Standort gelenkt. Diese Fehleinschätzung der

Bürgermeinung in Potsdam war auch charakteristisch für die Diskussion um den Badneubau. Warum hat dieser Oberbürgermeister seit 2010 die Vorbereitungen um den Bau eines neuen Bades im Bornstedter Feld vorangetrieben, obwohl er von vornherein wissen musste, dass dieser Standort nicht mehrheitsfähig ist. Warum hat er nicht schon 2010 die Potsdamer nach ihrem Wunschstandort gefragt, wie mehrfach von der LINKEN gefordert, sondern erst nach einem kostspieligen und zeitaufwändigen Umweg? Wie kann der Oberbürgermeister in einer erneuten Fehleinschätzung ausschließen, dass zumindest das Minsk erhalten und saniert

wird? Das ist eine Respektlosigkeit gegenüber Vorgaben der Stadtverordnetenversammlung, die sich durch die gesamte Betrachtung zieht. Die auf Anfrage gemachte Bemerkung von Herrn Jakobs, dass er eine rot-rote Koalition nach der nächsten Wahl nicht ausschließen ist, ist schlichtweg nichtssagend. Er weiß ganz genau, dass DIE LINKE wechselnde Mehrheiten für das beste Modell in Potsdam hält, um den Oberbürgermeister zu zwingen, für seine Vorlagen zu werben und sich nicht auf stabilen Mehrheiten auszuruhen.

*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender*

Stadtentwicklungskonzept Wohnen evaluieren!

Das Thema „Wohnen“ war und ist einer der politischen Schwerpunkte der Arbeit der Fraktion DIE LINKE.

Im Oktober 2009 haben die Stadtverordneten das STEK Wohnen beschlossen. Es bildet den Handlungsrahmen für die städtische Wohnungspolitik und Handlungsansätze für die Umsetzung.

Im STEK Wohnen werden 3 Leitziele für den Wohnstandort Potsdam genannt: Sicherung einer positiven Bevölkerungsentwicklung; Erhalt der Attraktivität des Wohnstandortes Potsdam und Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Wohnstandorten; Sicherung einer ausrei-

chenden Wohnungsversorgung für alle Bevölkerungsgruppen, insbesondere für Haushalte mit geringem Einkommen.

Dem Antrag der LINKEN, das STEK Wohnen mit entsprechenden Maßnahmen zu untersetzen, folgend, hat die Verwaltung bisher zwei Zwischenberichte zur Umsetzung des STEK Wohnen vorgelegt.

Trotz der bisher eingesetzten Instrumente für das Erreichen dieser Leitziele ist festzustellen:

Die Wohnungsnachfrage steigt weiter stetig mit dem Anstieg der Bevölkerungszahl. Der Rückgang der Bautätigkeit konnte nicht wirklich ge-

stoppt werden. Das aktuelle Mietniveau bes. bei der sozialen Wohnungsversorgung ist enorm hoch.

Auch aus diesem Grund erachten wir es als dringend erforderlich, das Konzept zu evaluieren und ggf. den aktuellen Gegebenheiten und künftigen Herausforderungen anzupassen.

Der entsprechende Antrag der Fraktion wurde von der Stadtverordnetenversammlung am 30.01.2013 mit ausdrücklicher Unterstützung des zuständigen Beigeordneten Herrn Klipp beschlossen. Das Ergebnis der Evaluation wird die Verwaltung der Stadtverordnetenversammlung im Juni 2013 vorlegen.

Bündnis Faires Brandenburg e.V.

In Brandenburg arbeiten zwei schwules lesbische Landesverbände: „Andersartig“ und „Bündnis Faires Brandenburg“, beide bisher gefördert durch das MASF. Das Ministerium hat den Förderantrag vom Bündnis Faires Brandenburg für 2013 abgelehnt. Warum auch immer!

Damit ist dem Verein die Grundlage für die sehr erfolgreiche und auch bundesweit anerkannte Arbeit entzogen.

Die Fraktion hat auf die Bitte um Unterstützung reagiert und in einem Antrag an die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister gebeten zu prüfen, ob die Stadt bei der Finanzierung der Büroinfrastruktur des Vereins helfen kann. Benötigt werden 610,- EURO monatlich, um das Büro in der Posthofstraße erhalten und betreiben zu können. Das ist die elementare Voraussetzung für die Weiterführung der Angebote und Projekte, für und mit schwulen und lesbischen Mitbürger/-innen.

Der Prüfauftrag wurde entgegen der ausdrücklichen Aufforderung der Fraktion, ihn sofort zu beschließen, in den Gesundheits- und Sozialausschuss überwiesen. Damit bleibt für weitere 4 Wochen ungeklärt, ob das Bündnis seine auch für Potsdam so unverzichtbare Arbeit fortsetzen kann.

Katastrophenschutz

In die SVV am 30. Januar brachte DIE LINKE den Antrag ein, dass die vom Betreiber des Forschungsreaktors BER II herausgegebene Broschüre „Informationen für die Umgebung des Forschungsreaktors im Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie“ an exponierter Stelle im Internetauftritt der Stadt Potsdam veröffentlicht werden soll und mit geeigneten Suchbegriffen wie z. B. „Atomreaktor“, „Forschungsreaktor“, „Katastrophenschutz“ darauf zugegriffen werden kann.

Da vom Betreiber des Atomreaktors die Broschüre lediglich im engsten Umkreis des Reaktorstandortes an die Bevölkerung verteilt wird, erreicht sie bei weitem nicht alle Bewohner im möglichen Evakuierungsgebiet.

Im Sinne einer besseren und leichter zugänglichen Information, gehört diese Broschüre an eine einfach zu findende Stelle in den Internetauftritt der Stadt.

Die Verwaltung erklärte dazu in der Stadtverordnetenversammlung am 30.01.2013, dass dem Anliegen des Antrages bereits entsprochen wurde. Unter www.potsdam.de, Umwelt-Klima-Abfall, Flugrouten, wichtige Links seien die gewünschten Informationen zu finden. Sich auf die Aussage verlassend, erklärte die Fraktion den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt.



Bürgervertretung Drewitz hat Büro bezogen

Nach fast zwei Jahren Suche nach geeignetem und vor allem kostengünstigem Büroraum für die Bürgervertretung Drewitz hat DIE LINKE einen Antrag in der SVV gestellt diesen für die Arbeit der BvD zur Verfügung zu stellen.

Zeitgleich erfuhr die Unabhängige Mieterberatung Prenzlauer Berg GmbH von der Suche der Bürgervertretung und erklärte sich unbürokratisch bereit die Bürgervertretung in ihre Büroräume im Guido-Seeber-Weg 7 mit aufzunehmen.

So konnte die Bürgervertretung Drewitz am 03.01.13 ihre neuen Büroräume bei der unabhängigen Mieterberatung Prenzlauer Berg GmbH im Guido-Seeber-Weg 7 in Potsdam Drewitz beziehen.

Ab sofort ist jeden Donnerstag von 18:00 Uhr bis 20:00 Uhr freie Sprechstunde.

Gerne können Sie auch außerhalb der Sprechstunden einfach und unverbindlich bei der Bürgervertretung rein schauen wenn Sie sehen, dass wir vor Ort sind.

Oder sie teilen uns unter *buergervertretung-drewitz@arcor.de* bzw. 0 32 21-1324 220 ihren Terminwunsch einfach mit.

Seit Januar erstellt die BvD auch eine eigene Internetseite. www.buergervertretung-drewitz.de

*Klaus Mohrholz-Wensauer
Sprecher
Bürgervertretung Drewitz*

Vorgestellt:

Ortsvorstand Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld

Auf der Gesamtmitgliederversammlung im Ortsverband Stern-Drewitz-Kirchsteigfeld haben sich im Oktober 2012 sechzig Genossinnen und Genossen u. a. einen ersten Eindruck vom (damals) designierten Direktkandidaten im Bundestagswahlkreis 61, Norbert Müller, machen können. Eine Rente über dem Grundsicherungsbedarf, ein soziales Wohnungsbauprogramm auf Bundesebene waren nur zwei der diskutierten Themen, die Norbert als Schwerpunkte aufmachte. Begeistert zeigten sich die Genossinnen und Genossen vom designierten Kandidaten, der als junger Genosse ihre Zustimmung und Unterstützung fand, die sie ihm für den Ortsverband zusicherten.

Bestätigt wurde der bisherige Ortsverbandsvorsitzende, Klaus Mohrholz-Wensauer, vom neu gewählten Ortsvorstand, der eine gute Mischung aus alten und jungen Genossinnen und Genossen ist. Weiter gehören



Mitglieder des Ortsvorstandes beim Neujahrsempfang im „Stern*Zeichen“ Am Stern.

dem Vorstand an: Kati Biesecke (Drewitz), Hans-Dieter Plumbaum (Am Stern), Dieter Andreas Frank (Am Stern), Andrea Grunert Scharlock (Am Stern) und Jana Schulze (Kirchsteigfeld), Petra Pannicke (Am Stern),

Keplerplatz 2012 „unvollendet“ – und wie weiter?

„Der Keplerplatz im Stadtteil Stern soll bis Ende 2012 vollendet sein. Bis Mitte des Jahres seien 118 altengerechte Wohnungen auf dem Standort der ehemaligen DDR-Kaufhalle fertig, gab LINKE-Stadtfractionschef Hans-Jürgen Scharfenberg im November 2011 beim Frühschoppen „Rathausreport live“ im Bürgerhaus Stern*Zeichen bekannt. Der Investor Michael Hoier-Schönbeck, der einen Teil der Ladenzeile am Keplerplatz bereits sanieren ließ, kündigte an, dass deren unsanierter Abschnitt bis Ende 2012 fertig sei. Hier werde sich unter anderem die Bäckereikette Exner ansiedeln. Für die Altmietler will Hoier-Schönbeck auf dem benachbarten „Müll-Gelände“ eine kleine Gewerbehalle bauen. Die Verhandlungen mit der Stadtverwaltung über den Grundstückskauf seien jedoch noch nicht abgeschlossen“, diese Zukunftsmusik für die „Stern-City“ stand im November 2011 in der Presse.

Schaut man nun vor Ort nach, was passiert ist, dann kann man zwar die schmucken Häuser mit 118 altersgerechten Wohnungen bewundern. Einladend ist auf jeden Fall die Bäckerei/Cafe Exner. Aber der zweite Teil der Ladenzeile und der „Müll-Platz“ hinter dem bereits sanierten ersten Teil haben noch immer kein neues Aussehen.

„PaS“ sprach deshalb im Januar 2013 mit dem Potsdamer Investor Hoier-Schönbeck zum Stand der von ihm angekündigten Baumaßnahmen am Keplerplatz. Der hebt die Schultern: „Alles steht und fällt mit den behördlichen Genehmigungen“, erklärt



der als „Retter der DDR-Kaufhallen“ bekannte Mann. Im Frühjahr 2012 hatte er die nötigen Bauanträge eingereicht. Doch dann begann ein fast endloser Ritt mit dem Potsdamer „Amtsschimmel“. Kaum war wieder ein Fristende akut, da kam vom Stadtplanungsamt oder vom Bauamt eine neue Ergänzungsforderung – irgendwas fehlte an den Papieren oder musste noch zusätzlich erstellt/beigebracht werden. Warum die Verwaltung das nicht gleich gesehen hat? Warum nimmt man/frau einen Antrag entgegen, der dann Stück für Stück noch „ergänzt“ werden muss? Dazu kommt noch, dass der Krankenstand in den beiden genannten Ämtern recht hoch liegt. So verrann (und verrinnt!?) die Zeit. „Während es bei dem ersten Teil der Ladenzeile mit den Genehmigungen in Nor-

malzeit lief, sind wir beim zweiten Teil über die lange Zeit und die seltsamen zusätzlichen Anforderungen erstaunt“, so Hoier-Schönbeck. Da werden immer noch weitere Dokumente von der Verwaltung gefordert. Während einige davon beim ersten Sanierungsabschnitt nicht nötig waren. Jetzt soll z. B. der Investor noch ein extra „Fledermausgutachten“ erstellen lassen und dann einreichen. „Wir haben keine Fledermäuse entdeckt. Aber machen wir also auch das noch“, sagt er. Und dann: „Ich hoffe bloß, dass dann endlich alles in Sack und Tüten ist und wir im Frühling beginnen können.“ Schließlich gibt es Interessenten, die quasi Gewähr bei Fuß darauf warten, ihr Geschäft in dem noch zu sanierenden Teil betreiben zu können.

Arbeitsgemeinschaft „StadtentwicklerInnen“ gegründet

Am Abend des 18. Dezember 2012 trafen sich Mitglieder aus dem Kreisverband DIE LINKE.Potsdam und engagierte EinwohnerInnen Potsdams zur konstituierenden Sitzung von „Die StadtentwicklerInnen“ - der Potsdamer linken Arbeitsgemeinschaft für nachhaltige Stadtentwicklung.

Die StadtentwicklerInnen wollen breitere, auch außerparteiliche Schichten der Einwohnerschaft erreichen, die sich für Potsdams Stadtentwicklung einbringen möchten. Wir sind ein Zusammenschluss fachkompetenter Potsdamer GenossInnen und EinwohnerInnen aus den Bereichen der Architektur, der Stadt- und Landschaftsplanung, des Ingenieurwesens, der Immobilien- und Finanzwirtschaft, des bürgerschaftlichen Engagements sowie daran In-



teressierter. Wir, inzwischen vierzehn StadtentwicklerInnen, arbeiten basisdemokratisch, emanzipiert und unabhängig innerhalb des Kreisverbandes DIE LINKE.Potsdam. Wir pflegen den fachlichen Austausch mit der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Städtebau + Wohnungspolitik und deren MitstreiterInnen in verschiedenen Regionen der Bundesrepublik.

Als StadtentwicklerInnen stellen wir uns der wohnungspolitischen Herausforderung im wachsenden Potsdam, engagieren

uns für eine nachhaltige Stadtentwicklung und bringen uns mit konkreten strategischen aber auch tagaktuellen Ratschlägen in die stadtentwicklungspolitischen Entscheidungen ein. Unser Wissen dokumentieren wir in einer Stadtentwicklungsdatenbank.

Wir StadtentwicklerInnen konkretisieren die bestehenden Entwicklungsperspektiven der Landeshauptstadt im Hinblick auf ein stadtentwicklungspolitisches Leitbild des Kreisverbandes DIE LINKE.Potsdam und unterbreiten diesem den stadtentwicklungspolitischen Baustein für das Kommunalwahlprogramm 2014.

*Steffen Pfrogner und Jan Hanisch
Sprecher der StadtentwicklerInnen*

„Wie weiter mit dem Reaktor Wannsee?“

Am 21.1.2013 hatte der Ortsverband DIE LINKE Babelsberg/Zentrum Ost zur Podiumsdiskussion „Wie weiter mit dem Reaktor Wannsee?“ eingeladen. Auf der sehr gut besuchten Veranstaltung im Rathaus Babelsberg wurde mit drei Podiumsgästen und etwa 50 BesucherInnen diskutiert. Die Betreibergesellschaft, das Helmholtz-Zentrum Berlin (HZB), hatte die Einladung im Vorfeld ausgeschlagen. Damit zeigte sie ihren Unwillen sich der öffentlichen Debatte zu stellen.

Von Seiten der Stadt nahm Wolfgang Hülsewig als Verantwortlicher für Katastrophenschutz teil. Laut seiner Aussage seien Potsdam sowie Berlin technisch und personell für den Fall einer Kernschmelze im Reaktor gerüstet. Allerdings ist er nicht direkt mit dem Reaktor vertraut. Er ist darauf angewiesen, dass der Katastrophenschutzplan entsprechend der gesetzlichen Grundlage vom Betreiber erstellt worden ist.

Im Einführungsvortrag des Ortsverbandsvorsitzenden Stephan Worseck wurde u.a. auch die Möglichkeit der Nutzung alternativer Neutronenquellen, wie die geplante Spallationsanlage in Schweden, angeführt. „Diese nicht in bewohntem Gebiet gelegene und deutlich sicherere Anlage würde den Forschungsreaktor BERII in Zukunft überflüssig machen.“ so Worseck weiter. Alf Jarosch vom Anti-Atom-Bündnis Berlin leitete über mit einer Zusammenstellung des Berichts der RSK.

In der teilweise hitzigen Debatte wurden u.a. die Durchführbarkeit und Einsicht des Katastrophenschutzplanes, Flugrouten über dem Reaktor, die Möglichkeit einer Knallgasexplosion im Ernstfall, generelle Zuständigkeiten und die ständige Belastung durch leichtradioaktive Abgase thematisiert.

Das Fazit der Veranstaltung fand sich in den abschließenden Worten des Moderators Steffen Kühne von der Rosa-Luxemburg-Stiftung wieder, der empfahl von Parteien jeglicher Couleur Positionen einzufordern und selbst aktiv zu werden!

(Die Präsentationen und der vollständige Bericht zur Veranstaltung sind abrufbar unter www.dielinke-potsdam.de)

Anne-Karin Cooke, OV Babelsberg/Zentrum-Ost (gekürzt)

Auf den ersten Blick bewegt sich – NICHT VIEL

Bauarbeiten zur Gartenstadt Drewitz gehen langsam voran/Von Klaus Mohrholtz-Wensauer

In Drewitz wird derzeit an vielen Ecken gebaut und auf den ersten Blick bewegt sich Nichts, doch schaut man genauer hin dann kann man erkennen, dass es etwas zäher durch die Witterung läuft, aber es geht trotzdem voran.

Die Sanierungen der ProPotsdam ist derzeit die Baustelle mit den meisten im Außenfeld sichtlichen Bewegungen. Während im Dezember bereits die ersten Mieter wieder ihre neu sanierten Wohnungen bezogen haben wird jetzt aktuell im Guido-Seeber-Weg mit der Entkernung der ersten Aufgänge begonnen.

Die Einrichtung der Baustellenabspernung im Guido-Seeber-Weg führte zur weiteren nicht unerheblichen Verringerung von Parkplatzstellflächen und der Kappung einer weiteren Durchfahrtsmöglichkeit. Um den Verlust von Parkplätzen zu kompensieren können die Mieter ihre Fahrzeuge auf dem Ernst-Busch-Platz sowie entlang der Konrad-Wolf-Allee auf dem ausgewiesenen Ausweichparkplatz abstellen. Diese wurden entsprechend gekennzeichnet.

Stadtteilschule wird pünktlich öffnen

Die Stadtteilschule strebt ihrer Fertigstellung entgegen und im Augenblick spricht Alles für den geplanten Einzug zum

neuen Schuljahr. Damit auch die Verkehrssicherheit für die Schüler gegeben ist, wird auch die Oskar-Meister-Straße noch umgebaut, um den neuen Anforderung als Eingangportal zu unserer neuen Stadtteilschule gerecht zu werden. Bei dem Interessenbekundungsverfahren für den Betreiber des Begegnungszentrums im Dezember wurde ebenfalls bereits ein neuer Betreiber empfohlen und wird, sofern die SVV zustimmt, pünktlich ins Begegnungszentrum einziehen.

Die neue Zufahrt zum Havel-Nuthe-Center, die zur Entlastung des Knotens Fritz-Lang-Straße / Ernst-Busch-Platz führen soll, ist in vollem Gange und die Gleisquerung konnte noch vor dem ersten Schnee fertig gestellt werden. Jedoch wartet die Anbindung jetzt noch auf ihren Belag, der so es die Witterungsbedingungen erlauben, schnellst möglich eingebracht werden soll.

Die neue Wasserleitung entlang der Konrad-Wolf-Allee hat sich mittlerweile ihren Weg quer durch das Wohngebiet geschlagen und führt mit ihrer zwar schon wieder verschlossenen aber nicht befahrbaren Baugrube zu weiteren Verlusten von Parkplätzen und Querungsmöglichkeiten.

Kreisel muss fertig werden

Mit dem Bau des ersten Kreisel hingegen gestaltet es sich etwas zäher und der prognostizierte Eröffnungstermin zum September wurde völlig verpasst. Erst gab es Probleme mit dem Heizungsknotenpunkt der Fernwärmeleitung und dann fehlten die Zuwendungsbescheide für die Fördermittel. Und als die Bescheide da waren lag Schnee. Mit der Nichteröffnung des Kreisverkehrs sind leider die Bewohner der Fritz-Lang- und Wolfgang-Staudte- sowie auf der anderen Seite die Anwohner der Sternstraße entgegen der Zusagen einer Eröffnung im September weiter einer sehr erhöhten Verkehrsbelastung ausgesetzt. Und es bleibt sehr zu hoffen, dass bei den jetzt milden Temperaturen der Kreisverkehr zügig fertig gestellt wird und die Busse dann über den Kreisverkehr den ehemaligen REWE Parkplatz wieder anfahren können.

Durch die sich immer weiter ausdehnenden Baustellen gibt es immer weniger Möglichkeiten die KWA als Magistrale zu nutzen und der Verkehr weicht immer mehr auf die Sternstraße aus, dies belastet die dortigen Anwohner nicht unerheblich. Die Eröffnung des Kreisverkehrs würde auch hier zumindest für eine zeitweise Entlastung führen.



Integrationsbegleiter für Langzeitarbeitslose

Insgesamt 420 am Arbeitsmarkt Benachteiligte, dabei schwerpunktmäßig Langzeitarbeitslose, wurden im Jahr 2012 durch die Fachstelle Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung der Landeshauptstadt Potsdam in verschiedene Projekte integriert. Ziel der seit zehn Jahren existierenden Fachstelle ist es, Langzeitarbeitslose zu qualifizieren, sozial zu integrieren und in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Insgesamt 1,7 Millionen Euro haben dafür im Vorjahr für die 420 Teilnehmer in 75 Einzelprojekten zur Verfügung gestanden. Das Geld stammt vor allem aus dem Europäischen Sozialfonds sowie aus Mitteln des Bundes und des Landes. Wichtige Förderprojekte sind das Regionalbudget, Arbeit für Brandenburg und Bürgerarbeit. Im Jahr 2013 werden die verschiedenen Projekte fortgeführt, sagte der Leiter der Fachstelle Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung Fabian Dübner. Dafür stehen zwei Millionen Euro zur Verfügung. Zudem wird es erstmalig städtische Integrationsbegleiter geben.

Vier sogenannte Integrationsbegleiter für Langzeitarbeitslose sollen in den kommenden Wochen ihre Arbeit aufnehmen. Mit diesem Ansatz wird die Zielstellung der Integration in den ersten Arbeitsmarkt über eine individuelle Einzelberatung unterstützt. Die Begleiter werden je 90 Langzeitarbeitslose in der Phase der Qualifizierung und Arbeitsaufnahme betreuen. So werden im Prozess persönliche Entwicklungspläne für Langzeitarbeitslose sowie die Umsetzung der im Entwicklungsplan vereinbarten Schritte einschließlich nachgehender berufsbegleitender Beratung garantiert.

Das grundsätzliche Anliegen der Fachstelle, Projekte bedarfsgerecht zu entwickeln und umzusetzen wird im Rahmen des Netzwerkes „Allianz für Menschen ohne Arbeit“ realisiert. Hierbei entwickeln verschiedene Akteure des lokalen Arbeitsmarktes Möglichkeiten zur Unterstützung, wie die Agentur für Arbeit, das Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam und dem Unternehmerverband Berlin Brandenburg. Partner, die sich dieser perspektivischen Arbeit widmen wollen, sind gerne gesehen und können sich bei Bedarf an die Fachstelle Arbeitsmarktpolitik wenden.

Alle Erwerbslosen, die an einer zusätzlichen Unterstützung Ihrer Bewerbungsbemühungen oder an einer Integration in ein Projekt interessiert sind, können sich bei der Anlaufstelle der Fachstelle Arbeitsmarktpolitik, unter der Rufnummer (0331) 2891525, melden.

Eine fröhliche, lebenswerte Gartenstadt

Enthüllt: Ein Logo für die Gartenstadt/Drewitzerinnen und Drewitzer haben es ausgewählt

Die Gartenstadt Drewitz hat ein eigenes Logo. Der Bereichsleiter Stadterneuerung Dieter Lehmann und der Geschäftsführer der ProPotsdam Jörn-Michael Westphal präsentierten am 22. Januar den Siegerentwurf des Logo-Wettbewerbs im Projektladen Drewitz in Anwesenheit der an der Logoentwicklung teilnehmenden Agenturen sowie und beteiligten Schüler- und Kindergruppen.

224 Drewitzerinnen und Drewitzer im

Alter von sechs bis über 90 Jahren haben an der Abstimmung teilgenommen. Gewonnen hat der Entwurf der Frenkelson Werbeagentur. Dieter Lehmann fand die Entscheidung gut nachvollziehbar: „Besonders gefällt mir, dass das Logo ganz zentral auf das ‚grüne Kreuz‘ setzt und somit elegant einen zentralen Punkt des Gartenstadtkonzeptes aufgreift.“ Jörn-Michael Westphal von ProPotsdam ergänzte: „Der Siegerentwurf zeigt eine fröhliche, lebens-

werte Gartenstadt. Das ist unser Ziel.“

Die Drewitzerinnen und Drewitzer waren aufgerufen, das Siegerlogo aus drei zur Auswahl stehenden Logoentwürfen zu bestimmen. Die Abstimmung fand zunächst vom 6. bis zum 20. Dezember 2012 im Projektladen Drewitz statt. Anschließend tourten die Logoentwürfe noch bis zum 18. Januar 2013 durch die lokalen Institutionen wie Altenheime, Schulen und Kitas. Somit wurde der winterlichen Witterung zum Trotz wirklich allen Bürgerinnen und Bürgern der Gartenstadt Drewitz die Möglichkeit der Teilnahme gegeben. Abstimmen durften alle Drewitzer ab sechs Jahre. Die Grafiker hatten jeweils im Herbst einen Workshop angeboten. Daran nahmen Kinder der Grundschule „Am Priesterweg“, der Schülerhilfe im Projektladen Drewitz und des Kinderclubs Junior teil.

Die teilnehmenden Agenturen waren: Frenkelson Werbeagentur, medienlabor - Agentur für Kommunikation und Medienentwicklung sowie TOMCOM Konzeption und Gestaltung. (pm)



Dieter Lehmann und Jörn-Michael Westphal enthüllen das neue Logo

Damit Wohnen bezahlbar bleibt

Mieten deckeln, sozialer Wohnungsbau jetzt!/
Wohnungspolitische Konferenz der LINKEN in Göttingen



„Lang blieb die Wohnungspolitik vor allem dem kleinen Kreis der Fachleute aus Wohnungswirtschaft und Mieterverbänden überlassen. Das hat sich mittlerweile geändert: Die Wohnungspolitik ist zu einem Top-Thema geworden. Auch der Bundesvorstand der LINKEN hat die Bedeutung des Themas erkannt und Anfang 2012 eine mieten- und wohnungspolitische Offensive beschlossen. Teil dieser Offensive war eine wohnungspolitische Konferenz, die am 15. Dezember 2012 in Göttingen stattfand.“

So begann Hans Günter Bell von der

BAG Städtebau + Wohnungspolitik seinen Bericht von der Konferenz mit den drei Workshops: „Sozialverträgliche Mieten sichern: Mietobergrenzen bzw. Mietbegrenzung“, „Bezahlbaren Wohnraum erhalten und ausbauen; sozialen Wohnungsbau stärken“ und „Lebenswerte und zukunftsfähige Kommunen gestalten: Stadterneuerung, Klima“.

Ungeachtet der unmissverständlich formulierten Arbeitsergebnisse ist jedoch nicht zu übersehen, dass es der LINKEN noch an einer geschlossenen wohnungs-

politischen Alternativkonzeption fehlt. Hans Günter Bell weist zu Recht darauf hin, dass die gewachsene Aufmerksamkeit für das Thema Wohnen aber Anstoß und Rückenwind sein kann, eine solche zu erarbeiten. „Und das wird nicht von der LINKEN allein zu leisten sein. Die Partei sollte deshalb die Chance nutzen, die Kompetenz ihrer parlamentarischen und außerparlamentarischen Wohnungspolitiker/innen in diesen Prozess einzubringen und das Gespräch mit den Mieterverbänden, Gewerkschaften, wohnungspolitischen Basisinitiativen und alternativen Bauprojekten suchen.“

„Die StadtentwicklerInnen“ setzen hier an und konzipieren ein auf Potsdam zugeschnittenes wohnungs- und stadtentwicklungspolitisches Konzept, dass es mit allen angeführten Akteuren zu diskutieren gilt. Nachdem die Stadtverordnetenversammlung eine „Mietenbremse“ bei der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft bestimmt hat, sollte sich unser Handeln auf eine andere Liegenschaftspolitik fokussieren. Eine sozial ausgewogene Stadtentwicklung ist untrennbar von einer auf Erhalt vor Verkauf ausgerichteten Grundstücks politik. Sollte dennoch eine Veräußerung von Grund und Boden mehrheitlich gefordert werden, ist die Frage zu beantworten, wer bekommt was zu welchen Bedingungen. Mehr von der wohnungspolitischen Konferenz bei den StadtentwicklerInnen, schaut vorbei!

Steffen Pfrogner

Die StadtentwicklerInnen/BAG Städtebau + Wohnungspolitik

Schluss mit Kriminalisierung der Anti-Nazi-Proteste

Aus dem Beschluss des Parteivorstandes DIE LINKE vom 20. und 21. Januar 2013

Am 19. Februar 2011 blockierten Tausende engagierte AntifaschistInnen zum zweiten Mal erfolgreich den größten Naziaufmarsch Europas in Dresden. DIE LINKE hat das Bündnis „Dresden-Nazifrei“ von Anfang an unterstützt. An dem bundesweiten Bündnis beteiligten sich zahlreiche Organisationen der sächsischen Zivilgesellschaft, Künstler, Gewerkschaften, die Jusos, die Partei Bündnis 90/Die Grünen. Zahlreiche Abgeordnete der SPD, Grünen und DIE LINKE, unter anderem Petra Pau, Claudia Roth und Wolfgang Thierse unterstützten das Bündnis. Dank dem Engagement von Tausenden Dresdnerinnen und Dresdenern und Antifaschisten aus der ganzen Bundesrepublik konnten die Neonazis ihren Aufmarsch zwei Jahre in Folge nicht durchführen und wurden dadurch erheblich politisch geschwächt.

Nun erreilte uns die Nachricht, dass unser Genosse Tim vom Amtsgericht Dresden wegen seiner Beteiligung an der Anti-Nazi-Blockade zu einer Haftstrafe von einem

Jahr und 10 Monaten ohne Bewährung verurteilt wurde.

Das Urteil gegen Tim ist eine juristische Farce und eindeutig politisch motiviert. Die Vorwürfe gegen Tim sind nicht bewiesen, sondern basieren auf Vermutungen und Unterstellungen. Das Urteil reiht sich ein in eine lange Liste von Skandalen der Dresdner Justiz und Behörden rund um die Blockaden vom Februar 2010 und 2011.



Mit dem drakonischen Urteil gegen Tim sollen offenbar engagierte Bürgerinnen und Bürger eingeschüchtert und davon abgehalten werden, sich wieder an den bevorstehenden antifaschistischen Protesten am 13. Februar 2013 zu beteiligen. DIE LINKE wird jedoch dieses Jahr wieder zu den Anti-Nazi-Protesten in Dresden aufzuziehen.

DIE LINKE ist solidarisch mit Tim und allen anderen Antifaschisten, die durch ihren berechtigten Protest gegen Nazis in Dresden kriminalisiert werden. Statt Haft gebührt Tim und vielen anderen der Dank aller Demokratinnen und Demokraten, die Rassismus und Faschismus heute bekämpfen.

Demonstrationen sind ein legitimes Mittel

Die derzeitige Bedrohung des Archiv ist ein Symbol für die Veränderung der Stadt. Friedliche Demonstrationen - um auf Probleme aufmerksam zu machen oder Forderungen zu unterstreichen - sind ein legitimes Mittel in einem demokratischen Rechtsstaat - die Anwendung von Gewalt dagegen nicht. Die Verdrängung Potsdamer Lebenskultur zugunsten von Verwertungsinteressen führt zu Unsicherheiten. Nun haben sich junge Menschen in Pots-

dam auf die Straße begeben, um auf die Schließung des Archiv aufmerksam zu machen. Die gewalttätigen Aktivitäten sind dabei abzulehnen und sind für das eigentliche Ansinnen - die Rettung - kontraproduktiv. Eine Kriminalisierung des Archiv e.V seitens verschiedener Parteien in Potsdam ist nicht zielführend. Es ist nun die Verantwortung der Potsdamer Stadtpolitik, mit den jungen Menschen ins Gespräch zu kommen - und zwar auf Augenhöhe -

und dabei angesichts der Ereignisse auch zu sagen, was nicht toleriert wird. Gleichzeitig müssen sich alle Verantwortlichen, sei es die Verwaltung, die politischen Parteien oder die jungen Menschen gleichwertig an einen Tisch setzen, reden und gemeinsam an einer Lösung arbeiten. Die Verwaltung muss sich in Sachen Archiv schnell bewegen, um den StVV Beschluss - das Archiv dauerhaft zu erhalten - umzusetzen. -sakraem

„Friedenspolitische Schwerpunkte 2013“

In dem vierseitigen Papier werden in 15 Schwerpunkten die bedrohlichen Tendenzen der Weltentwicklung benannt. Dazu gehören „Kriege, Gewalt, Umweltzerstörung und Raubbau an den natürlichen Ressourcen“ sowie „wachsende Armut, Hunger und massiver Abbau sozialer und demokratischer Rechte“. Der Krieg habe wieder Einzug in die internationalen Beziehungen gehalten. Auch die Bundeswehr werde zu einer „globalen Interventionsarmee“ transformiert, um mit neuen Waffen (z.B. Kampfdrohnen) die Kriegführung der NATO effektiver zu machen.

Auf der anderen Seite werden aber auch hoffnungsvolle Entwicklungen ausgemacht: Die Revolten des „arabischen Frühlings“, die Massenproteste in Griechenland, Spanien oder Portugal gegen das EU-Diktat, der selbstbewusste Aufbruch zahlreicher lateinamerikanischer Länder sowie die unter dem Sammelbegriff „occupy“ gehandelten Aktionen gegen die Diktatur der Finanzmärkte



zeigen, dass Widerstand nötig und möglich ist.

Die Agenda der Friedensbewegung beginnt - nun schon zum elften Mal - mit der Forderung nach der sofortigen Beendigung des Kriegseinsatzes in Afghanistan. Zugleich wird vor neuen Kriegsabenteuern gewarnt. Jede weitere Sanktion gegen Syrien ermutigt nur die bewaffnete Opposition gegen die Assad-Regierung und verschärft den Bürgerkrieg. Ebenso heize die unter Bundeswehr-Beteiligung erfolgende Entsendung von Patriot-Raketen und fliegenden AWACS-Kommando-Plattformen in die Türkei den Bürgerkrieg weiter an und erhöhe das Risiko eines Flächenbrands in der ganzen Nahost-Region. Auch gegenüber Iran vertritt der Bundesausschuss Friedensratschlag den

Standpunkt strikter Neutralität und der Einhaltung völkerrechtlicher Normen. Sanktionen gegen Teheran und die militärische Einkreisung Irans lehnt die Friedensbewegung ab.

Von den übrigen Schwerpunkten des Aktionsprogramms sollen hier nur der Kampf der Friedensbewegung gegen die Atomwaffen, gegen die Produktion von Kampfdrohnen sowie gegen den Export von Rüstungsgütern in Länder wie Saudi-Arabien, Indonesien, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate usw. genannt werden. Waffenexporte werden von großen Teilen der Bevölkerung außerordentlich kritisch gesehen; die Friedensbewegung wird ihre Aktivitäten auf diesem Feld vor allem an den Rüstungsstandorten genauso verstärken wie ihre Kampagne gegen die zunehmende Einflussnahme der Bundeswehr auf Schulen und Hochschulen.

Peter Strutynski (Sprecher „Bundesausschuss Friedensratschlag“)

„Genosse Peer“ - der Antikandidat

Als sich vor Monaten die SPD auf „Genosse Peer“ als Kanzlerkandidat einigte, wussten da die „Genossen“, auf wen sie sich geeinigt hatten? Oder wollen diese „Genossen“ die schwarz-gelbe Regierung gar nicht ablösen? So wie sich „Genosse Peer“ aufführt, scheint es so. Es gab ja schon einmal einen „Genossen der Bosse“, der den Bundeskanzler gab. Zusammen mit den Grünen legte der die damalige Sozialhilfe mit der Arbeitslosenhilfe zusammen - auf dem Niveau der Sozialhilfe. Einfach so! Und es wurden Gesetze verabschiedet, die alles andere als sozial und menschlich sind. Gesetze, die gegen die Menschenrechte verstoßen. Da gibt es Sanktionsparagrafen, die es den Jobcentern erlauben, den Hartz-IV-Bezieher ihre Grundsicherung total zu streichen! Was bedeutet das für die Betroffenen? Sie müssen hungern - also Essenszug! Und was ist Essenszug? Das ist Folter. Wenn nun ein Jobcenter Menschen sanktioniert - ihnen die Grundsicherung streicht, ist das brutale Folter!

Doch zurück zum „Genossen Peer“. Der will wohl ein zweiter „Genosse der Bosse“ werden. Da hat er gleich darüber gemurmelt, dass er als Kanzler zu wenig verdienen würde. Das war natürlich ein Ball für „Mutti“, die ihn gleich auffing. Und der Peer stand blöd da.

Und die Wähler der rosa „Genossen“? Viele sind verunsichert, viele vor den Kopf gestoßen. Jeder Fünfte in dieser Republik gehört zu den Niedriglöhnern - viele müssen aufstocken und sich dazu an die Folterzentren - auch Jobcenter genannt - wenden.

Aber „Genosse Peer“ kümmert das wohl nicht die Bohne. Er biedert sich Großkonzernen als „Genosse der Bosse“ an. So bei ThyssenKrupp. Da sitzt Peer im Aufsichtsrat...

Es soll ja Gerüchte geben, dass das Ergebnis der Bundestagswahl bereits feststeht! „Genosse Peer“ tut nur so, als wolle er Kanzler werden. Deshalb benimmt er sich daneben. Und er will auch nicht die zweite Geige spielen - nach „Mutti“. Was will er dann? Vielleicht weiß er das selbst nicht! Eines ist sicher: Er will mehr als ein Kanzler verdienen! Logisch: Im letzten Jahr hat „Genosse Peer“ 89 Vorträge gehalten und dafür durchschnittlich pro Vortrag 14.000 Euro „verdient“. Das ist ja viel mehr als das, was er als Kanzler hätte - verständlich, dass „Genosse Peer“ jammert und in Wahrheit die Wahl nicht gewinnen will!

Bernd Martin

Frau Wicklein und „Vertrauen“

Der Bundestag entscheidet über politisch umstrittene Fragen in einer namentlichen Abstimmung. Im Plenarprotokoll wird dokumentiert, wie jede Abgeordnete und jeder Abgeordnete votieren. Seit Februar 2007 können die Ergebnisse der Abstimmungen (Namenslisten) im Internet eingesehen werden.

Andrea Wicklein sitzt für die SPD seit drei Wahlperioden im Bundestag. „Ich bitte Sie weiterhin um ihr Vertrauen und um eine kritische Begleitung meiner politischen Arbeit“, so schreibt die Abgeordnete auf ihrer Homepage. Schließlich tritt sie zur kommenden Bundestagswahl wieder an – im Wahlkreis 61.

Wir haben die Aufforderung zur „kritischen Begleitung“ wörtlich genommen und einen ersten kurzen Blick in die Auflistung der namentlichen Abstimmung (siehe oben) speziell von Frau Wicklein getan.

So hat sie am 26. Mai 2011 einer „Beschlussempfehlung“ folgend gegen den Antrag der LINKEN gestimmt, der die Angleichung der Ostrenten forderte. Im Dezember 2011 (am 15.) wurde wieder über einen Entschließungsantrag der LINKEN abgestimmt, laut dem gegen die „Rente ab 67“ entschieden werden sollte. „Rente mit 67 – Risiken für Jung und Alt“ hatte DIE LINKE formuliert. Andrea Wicklein hat gegen DIE LINKE votiert. Und damit für eine Rente ab 67. So weit zwei „sehr soziale“ Entscheidungen der Potsdamer Politikerin.

Ein letztes, aktuelles Beispiel: Als es am 14. Dezember 2012 im Bundestag darum ging, per namentlicher Abstimmung sich zur „Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verstärkung der NATO“ in die Türkei zu bekennen, zeigte sich DIE LINKE als wahrhafte Antikriegspartei. Ihr NEIN war und ist Programm. Sogar 15 Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion sagten NEIN. Nur Andrea Wicklein hob ihre blaue Stimmkarte und die bedeutete: JA! Ein JA zu Bundeswehrtruppen im Ausland, zu weiterem deutschen Kriegsexport.

Fazit unserer (ersten) kurzen, kritischen „Begleitung“: Das Abstimmungsverhalten der SPD-Frau Wicklein in Sachen Frieden und soziale Gerechtigkeit schafft nicht viel „Vertrauen“...

Bernd Martin

ZITIERT:

„Ich will die Interessen der Mehrheit der Menschen durchsetzen helfen. Mit mir wird es weder eine weitere Zerstörung der Sozialsysteme geben noch Kriegesätze der Bundeswehr.“
Norbert Müller, Bundestagskandidat der LINKEN im Wahlkreis 61

Brandenburg übernimmt Vorsitz der Gesundheitsministerkonferenz



Zu Jahresbeginn hat Brandenburg den Vorsitz der Gesundheitsministerkonferenz (GMK) übernommen. Als inhaltliche Schwerpunkte nannte Ministerin Anita Tack die Fachkräftesicherung, die Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und die Forderung nach einem bundesweiten Präventions- und Gesundheitsförderungsgesetz.

Tack verweist auf fehlende Strategien des Bundes zur Fachkräftesicherung. „Wir benötigen eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, variable Arbeitszeitsysteme und bessere Arbeitsbedingungen in den Kliniken und in der ambulanten Versorgung, aber auch Kinderbetreuungsprogramme und nicht zuletzt natürlich die Angleichung der Bezahlung in allen Gesundheitsberufen. Die hier nach wie

vor vorhandenen Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern müssen endlich beseitigt werden.“

Der Öffentliche Gesundheitsdienst ist neben der ambulanten und stationären Versorgung die dritte tragende Säule des Gesundheitswesens. Zahlreiche Gesetzesänderungen haben dazu geführt, dass die Anforderungen immer mehr gestiegen sind – sowohl in den Bereichen hoheitlicher Überwachungsaufgaben als auch für individuelle Beratungs- und Betreuungsangebote. „Wir wollen den Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken und sein breites Aufgabenspektrum stärker in die Öffentlichkeit rücken“, so Tack. Hier gelte es ebenfalls Fachkräfte zu werben, damit der Öffentliche Gesundheitsdienst seine Aufgaben auch weiterhin

in hoher Qualität erfüllen kann, beispielsweise Hilfen für benachteiligte Familien sowie Unterstützung beim gesunden Aufwachsen von Kindern in ihrem Lebensumfeld oder für die Aufgaben der sozialpsychiatrischen Dienste.

Brandenburg fordert wie andere Länder auch seit langem ein bundesweites Präventions- und Gesundheitsförderungsgesetz. „Angesichts des demografischen Wandels, längerer Lebensarbeitszeiten, einer Zunahme chronischer Krankheiten und ungleichen Gesundheitschancen sind Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung dringend notwendig. Prävention und Gesundheitsförderung müssen nachhaltig in allen Politikfeldern und Lebensbereichen verankert werden“, so Tack und fordert nationale Gesundheits- und Präventionsziele. Bereits auf der letzten GMK gab es das Angebot an den Bund zur Einrichtung einer Bund-Länder-AG, um über solche Ideen wie Länderpräventionsprogramme und -präventionsfonds zu diskutieren um beispielsweise gute und nachhaltig wirkende Programme in Kita, Schule, Familie und Freizeit auf Dauer entwickeln und finanzieren zu können.

Die GMK befasst sich mit der ganzen Themenvielfalt der Gesundheitspolitik. Neben Fragen im Zusammenhang mit der Ausgestaltung und Finanzierbarkeit der gesetzlichen Krankenversicherung geht es insbesondere um Angelegenheiten der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitssicherung, gesundheitlichen Verbraucherschutz, umweltbezogenen Gesundheitsschutz, Berufe des Gesundheitswesens, Drogen und Sucht und die europäische Gesundheitspolitik.



Zukunftsfähige Verkehrslösungen für Potsdam

Im Novemberheft der „PaS“ war ein Artikel veröffentlicht, in dem davon ausgegangen wird, dass ein dritter (oder mit der Glienicker Brücke ein vierter) Havelübergang (Havelspange) Potsdamer Verkehrsprobleme lösen könnte. Dabei wurde eine ganze Reihe von seit vielen Jahren bekannten und ausgiebig diskutierten Tatsachen und Argumenten ausgeblendet. Darauf wollen wir noch mal eingehen.

Unbestritten ist, dass neue Straßen immer auch neuen Verkehr anziehen. Mit der sog. Havelspange würden in erster Linie für die bisher die Autobahn nutzenden Autofahrerinnen und Autofahrer günstigere Umfahrungsmöglichkeiten für Potsdam geboten.

Die Belastung der Landeshauptstadt durch den Autoverkehr erfolgt in sehr unterschiedlichem Maße. Der Transitverkehr beträgt dabei nur ca. 6% -10% und der Quell- und Zielverkehr hinein nach Potsdam bzw. heraus aus der Stadt macht die große Belastung aus, vor allem auch der starke Berufspendlerverkehr morgens und abends.

Die Havelspange würde also keine wirkliche Entlastung z.B. für die Zeppelinstraße bringen.

Aber der Neubau dieser Brücke würde zahlreiche neue Belastungen bringen, dann allerdings für unsere Nachbarn im Potsdamer Umland mit Lärm und schmutziger Luft, mal abgesehen von den Millionen schweren Investitionskosten der öffentlichen Hand und der dauerhaften Versiegelung von wertvollem Landschaftsraum.

Bereits 2006 stießen die Brückenbau-Pläne auf heftigen Widerstand in der damals tagenden „Arbeitsgemeinschaft Integriertes Verkehrskonzept Potsdam – Potsdam-Mittelmark“. In der Folge verschwand das Projekt aus dem „vordringlichen Bedarf“ des Bundesverkehrswegeplans.

Damit ist klar, dass es schon aus finanziellen Gründen keine „Havelspange“ geben wird, ganz abgesehen davon, dass sie auch verkehrspolitisch der falsche Weg wäre.

In die richtige Richtung geht inzwischen die Potsdamer Verkehrsplanung, indem sie auf ein Szenario „Nachhaltige Mobilität“ im Entwurf des Stadtentwicklungskonzepts Verkehr orientiert. Nur mit Verbesserungen im Angebot des ÖPNV können Autofahrerinnen und Autofahrer bewegt werden, auf Umwelt schonen-

dere Verkehrsmittel umzusteigen. Das ist übrigens auch ein Ergebnis der Masterarbeit „Green Drive – eine empirische Untersuchung zur Beeinflussung der Verkehrsmittelwahl von Berufspendlern in Potsdam“. Die Idee für diese Arbeit entstand während der öffentlichen Diskussionen der LINKEN zum STEK Verkehr Ende März 2012, zu der wir eingeladen hatten.

Ina Glüsing von der Universität Frankfurt (Oder) hat anhand von Befragungen herausgearbeitet, dass bei vielen Autonutzerinnen und -nutzern durchaus die Bereitschaft besteht, auf den ÖPNV umzusteigen. Eine bedarfsorientierte Angebotsgestaltung des ÖPNV mit Bussen und Bahnen muss dabei im Vordergrund stehen. Erst dann können die ebenfalls vorgeschlagenen restriktiven Maßnahmen für den Autoverkehr, wie Parkraumeinschränkungen und Verteuerung des Parkens ihre Wirkung entfalten. Nachhaltige und zukunftsfähige Verkehrslösungen in Potsdam und in der Region liegen in der Stärkung des Umweltverbundes von ÖPNV, Radverkehr und Fußgängern - nicht in einer Stärkung des PKW-Verkehrs!

Anita Tack, Klaus-Uwe Gunold

„Vergessen ist die Erlaubnis zur Wiederholung“

Veranstaltungs-Reihe anlässlich des Jahrestages der Auschwitz-Befreiung –
Januar 2013 in Potsdam

Vom 13. Januar bis zum 27. Januar 2013 fand in Potsdam eine Veranstaltungs-Reihe anlässlich des Jahrestages der Auschwitz-Befreiung statt. Der Titel der Veranstaltungs-Reihe lautete „Vergessen ist die Erlaubnis zur Wiederholung“. Am 27. Januar wurden auch in diesem Jahr in Potsdam zum 67. Mal Gedenkveranstaltungen von unterschiedlichsten Vereinigungen durchgeführt. Das Gedenken soll die Erinnerung an die Opfer des Holocausts wach halten und die Befreier vom Faschismus ehren. Vor allem aber soll durch das Wachhalten der Erinnerung an die einmaligen Verbrechen der Deutschen eine Wiederholung verhindert werden. An die deutschen Verbrechen zu erinnern, aus der Geschichte gelernt zu haben, dazu beizutragen, dass nichts ähnliches mehr sich wiederhole, ja gar ein Beispiel zu

sein für andere Länder, wie man mit „schwieriger Geschichte“ umzugehen habe, das beansprucht die staatliche und offizielle Erinnerungspolitik Deutschlands für sich.

Doch was ist dieses Gedenken wert, wenn in der Stadt Potsdam die Shoah seit Jahren in den Kontext des „Totalitarismus“ gestellt, und somit relativiert wird? – das fragt das Bündnis „antifa united“. Und der VVN-BdA ergänzt: „Dass die ‚Fördergemeinschaft Lindenstraße 54‘ am Internationalen Holocaustgedenktag eine Gegenveranstaltung zum städtischen Gedenken am Standort der ehemaligen Synagoge durchgeführt, ist für uns ein politischer Skandal. Die Konzeption einer Sammelgedenkstätte für Opfer verschiedener politischer Herrschaftssysteme ist mit der Singularität des Holocausts unvereinbar.“

Deshalb protestierten AntifaschistInnen – während in der Lindenstraße 54 die Fördergemeinschaft ihre Veranstaltung im Innern zelebrierte – draußen vor dem Gebäudekomplex gegen eine Vermischung von Tätern und Opfern.

Solange die Stadt die Zeit von 1933 bis 1989 als „ein totalitäres Zeitalter“ betrachtet, versucht „antifa united“ einen eigenen, emanzipatorischen Umgang mit dem Gedenken an die Auschwitz-Befreiung zu finden. So lud das Bündnis außerdem am 27. Januar zur jährlichen Gedenkveranstaltung auf dem Platz der Einheit um 18.00 Uhr ein.

(Detaillierte Informationen:
<http://www.auschwitz-gedenken-potsdam.tk>. Bei Fragen: antifa_united@riseup.net)



Marcus Pilarski (VVN-BdA Potsdam) und Lutz Boede (Die Andere) legen ein Blumengebinde vor der Lindenstraße 54 nieder.

Unglaubliches aus Potsdam

Der Antrag der Fraktionen DIE LINKE und DIE ANDERE in der SVV von Potsdam zur Benennung eines Platzes in Gedenken an den im Februar 2006 verstorbenen Antifaschisten Otto Wiesner wurde seitens der anderen Fraktionen im Kulturausschuss zur Ablehnung empfohlen! Grundlage dafür ein „historisches Gutachten“ nach Aktenlage. Ergebnis (wen wundert's): „Ehrentwürdig“, weil Otto Wiesner in den Fünzigern des vergangenen Jahrhunderts zeitweise Mitglied der Parteikontrollkommission der SED war. Ergo: Stalinist!

Otto Wiesner war einer der Aktivisten des politischen Neuanfangs nach 1945 und bis ins hohe Alter. Seine antifaschistische Überzeugung als Kommunist war die Ursache seiner Inhaftierung und ließ ihn 10 Jahre Haft in der Zeit des Faschismus überstehen. Am 05.05.1945 wurde er im KZ Mauthausen befreit.

Als Schriftsteller oder – wie er sich selbst nannte – schreibender Arbeiter, wirkte er bis in die letzten Jahre seines Lebens aktiv und überzeugend an der antifaschistischen Bildung junger Menschen. Dafür ehrte ihn die Stadt Potsdam mit dem Eintrag in das „Goldene Buch“ im Jahr 2005. Er war Mitglied des Mauthausen Komitees Ost.

„Wir protestieren gegen eine nachträgliche Diffamierung des Menschen Otto Wiesner. Die Ablehnung einer Anerkennung seiner Leistungen für die Stadt Potsdam darf nicht das letzte Wort in dieser Sache gewesen sein“, so das Komitee der Antifaschisten.

–red./VVN/BdA, Mauthausen Komitee Ost

Antisemitische Ausfälle

„Kritische ZeitungslernerInnen aus Potsdam“ zu einem unerträglichen „Kommentar“ in den PNN

Der ATLAS – so nennt sich eine Kommentar-Kolumne der Potsdamer Neuesten Nachrichten. Wenn es um die sogenannte linke Szene der Stadt Potsdam geht, ist der „Atlas“ seit Jahren geprägt von tendenziösen und verleumderisch wirkenden Gedanken der jeweils schreibenden AutorInnen. Die Stellungnahmen von verschiedenen antifaschistischen Gruppen zu verschiedenen Ereignissen und Themen werden oft lächerlich gemacht oder als Lüge dargestellt. Die thematisierten Probleme, z.B. Übergriffe durch Neonazis, werden verharmlost oder gänzlich in Frage gestellt.

Innerhalb einer Woche kam es nun (Anfang Januar) zu gleich zwei neuen Kommentaren, die als Zielscheibe „die Antifa“ hatten. Erst wird „die Antifa“ verantwortlich gemacht für zwei kaputte Scheiben auf der Brandenburger Straße am Silvesterabend 2012, und die Gewaltanwendung wird völlig entkontextualisiert. Journalistische Sorgfalt

wird anscheinend selten in der Erstellung von Artikeln walten gelassen.

Ein Woche später: Es wird bekannt, dass im Dezember 2012 an einen Bretterzaun in Babelsberg, der dem CDU-Politiker Hans-Wilhelm Dünn gehört, der Spruch „Scheiß CDU“ gesprüht wurde. Dünn selbst macht kurzerhand Hans Püschel, Stadtverordneter der Fraktion „Die Andere“, für die Sprüherei verantwortlich.

Statt nüchtern über den Vorfall zu berichten, weitere Informationen als „es ist geschehen“ sind nicht bekannt, schreibt diesmal Peer Straube einen Kommentar.

Ohne Skrupel vergleicht er die Parole an Dünns Bretterzaun mit den antisemitischen Boykott-Aufrufen der 1930er an jüdischen Geschäften... Folgt man seiner Logik ist es nur eine Frage der Zeit bis Dünns Scheiben eingeworfen werden, bis die CDU-Zentralen abgebrannt werden

und bis Millionen CDU-AnhängerInnen deportiert und umgebracht werden. Die Taten der Deutschen werden verharmlost, Straube relativiert die Shoah...

Kathrin Holzman, Mitglied des Arbeitskreises, meint zu dem Kommentar: „Ein solch offen antisemitischer Artikel war selten in der PNN zu lesen - von der allgemeinen Meinung der Redaktion und der städtischen Bevölkerung hebt er sich wahrscheinlich nur wenig ab. Wir kritischen ZeitungslernerInnen aus Potsdam fordern eine Stellungnahme und Entschuldigung des Journalisten Peer Straube sowie der PNN. Gegen jeden Antisemitismus!“

Arbeitskreis „Kritische ZeitungslernerInnen aus Potsdam“

(Nachzulesen ist der Kommentar von Peer Straube in der PNN vom 9. Januar 2012 auf Seite 7 oder unter <http://www.pnn.de/potsdam/712684/>)

Selbsthilferadio in Potsdam mit HELP FM on air

Am 10. Januar startete das bundesweit erste Selbsthilferadio HELP FM. „Mit dem neuen Angebot wird den zahlreichen Selbsthilfegruppen eine Stimme gegeben. Es kann kranke Menschen und ihre Angehörigen begleiten und ihnen Lebensmut und Zuversicht geben“, so Gesundheitsministerin Anita Tack zum Sendestart. Sie wünschte den Initiatoren des Potsdamer Selbsthilfe-, Kontakt- und Informationszentrum SEKIZ e.V. kreative Ideen, einen langen Atem, Erfolg und viele interessierte und engagierte Zuhörerinnen und Zuhörer.



Unter dem Dach der Landesarbeitsgemeinschaft für Selbsthilfeförderung Brandenburg e.V. arbeiten 22 Selbsthilfe- und Unterstützungsstellen in Brandenburg, die rund 1.800 Selbsthilfegruppen für die verschiedensten Erkrankungen betreuen. „Gerade der Austausch in den Selbsthilfegruppen ist für chronisch Kranke sehr wichtig“, betonte die Ministerin. Hier kann HELP FM Unterstützung und An-

regung geben – vor allem in den ländlichen Regionen mit oft weiten Wegen. Sie würdigte das ehrenamtliche Engagement aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Projektes.

„Hilfe zur Selbsthilfe ist eine wichtige und zutiefst menschliche Aufgabe, die oft im Alltag ohne große Aufmerksamkeit stattfindet. HELP FM rückt dieses ehrenamtliche Engagement in die Öffentlichkeit“, so Tack. Gerade für die öffentliche Wahrnehmung der verschiedenen Hilfsangebote sei dies wichtig.

Zum Frauentag wird's ROT in Deutschland

Mit einer neuen Wette hat sich Klaus H. Jann aus Wülfrath wieder in das Gedächtnis vieler LINKER gebracht. Nach dem Erfolg der Infostandwette im Jahr 2012, bei der am 3. März über 400 Stände in ganz Deutschland zu sehen waren, ruft er dazu auf, um den Internationalen Frauentag am 8. März mit 500 Infoständen der LINKEN überall präsent zu sein. Eine anspruchsvolle Wette, die durch eine „Unternehmerin mit linkem Herzen“ unterstützt wird und die pro Infostand bei gewonnener Wette vier Euro für die Aktion „Milch für Kubas Kinder“ spenden wird. Eine gewagte Wette, aber eine gewinnbare und vor allem eine, die die Mobilisierungsfähigkeit der Partei zeigen wird. Noch ist etwas Zeit bis zu diesem Termin und in den Basisorganisationen kann jetzt schon begonnen werden, diese Aktion vorzubereiten. Machen wir mit und zeigen, Deutschland wird rot.

Weitere Informationen unter www.linksdemokraten.de

Auslobung des Clara-Zetkin-Preises 2013

DIE LINKE lobt anlässlich des Internationalen Frauentages 2013 zum dritten Mal einen Preis aus, mit dem herausragende Leistungen von Frauen in Gesellschaft und Politik gewürdigt werden.

DIE LINKE, als Partei mit sozialistischem und feministischem Anspruch, setzt sich für eine gerechte, solidarische, demokratische und friedliche Gesellschaft ein, die Frauen wie Männern ein selbstbestimmtes Leben ohne Unterdrückung ermöglicht. Sie sucht dabei die Kooperation mit Fraueninitiativen, kritischen Sympathisantinnen und internationalen feministischen Netzwerken in Wissenschaft, Kultur und Politik, in Wirtschaft und Medien.

Im Sinne Clara Zetkins würdigt DIE LINKE mit dem nach ihr benannten Preis jährlich ein Projekt / eine Initiative, das die Lebensbedingungen von Frauen verbessert, die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft befördert oder anderen Frauen auf ihrem Lebensweg ein Vorbild, eine Anregerin geworden ist.

Die Verleihung eines Frauenpreises soll die Beachtung für das eigensinnige und uneigennützig Engagement von Frauen in der Öffentlichkeit erhöhen und ermutigen, die eigenen Fähigkeiten und Kräfte für eine gerechtere Gesellschaft einzusetzen. Frauen leisten Tag für Tag Großartiges für ein solidarisches, lebendiges und kreatives Gemeinwesen. Anerkennung und öffentliche Debatte dafür bleiben noch zu oft auf der Strecke. Der Clara-Zetkin-Preis wird auf diese Lücke verweisen und Anregung sein, mehr Erfolge in den Frauenkämpfen durchzusetzen.

Gleichzeitig geht es mit dem Clara-Zetkin-Preis auch darum, den Internationalen Frauentag, der immer mehr als politischer Tag in Vergessenheit gerät, ins öffentliche Bewusstsein zurückzuholen.

				2		9
	1	5		9		3
3						5 6
	2		8 6			
8	4		9		3	2 1
				2 1		9
7	3					4
	9		3			8 7
4			2			

Sudoku

Auflösung Januar

1	3	6	5	7	9	2	4	8
7	8	4	2	1	3	5	9	6
2	5	9	4	8	6	7	1	3
8	6	5	7	3	4	9	2	1
3	4	2	6	9	1	8	7	5
9	7	1	8	5	2	6	3	4
4	1	7	9	6	8	3	5	2
6	9	3	1	2	5	4	8	7
5	2	8	3	4	7	1	6	9

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Freitag, 08.02.2013, 08.00 – 12.00 Uhr: Ausgabe Rathausreport Nr. 1/2013, Stadthaus, Raum 3.107, Friedrich-Ebert-Straße 79/81

Freitag, 08.02.2013, ab 14.30 Uhr: Info-Stände in den Stadtteilen

Sonabend, 09.02.2013, ab 09.30 Uhr: Info-Stände in den Stadtteilen

Montag, 11.02.2013, 14.00 Uhr: „Musik am Rosenmontag“ - Fröhliche Faschingsfeier am Rosenmontag mit Manfred Bischoff und seinem Akkordeon und vielen Überraschungen. *

Montag, 18.02.2013, 14.30 Uhr: „Phantastische Tierwelt - nur der Stär-

kere wird Überleben“. Eine interessante Video-Reise mit Karl Kreutz. *

Dienstag, 19.02.2013, 14.30 Uhr: „Zu Rechtsfragen des Alltags“. Im Gespräch mit unserer Rechtsanwältin Martina Scholz „Betreuungsrecht“. *

Dienstag, 19.02.2013, 18.00 Uhr: Krise der Wirtschaft oder Krise des Kapitalismus? - Aus der Reihe: Die Welt, in der wir leben“. Referent: Andreas Wehr, Ort: Obelisk Potsdam **

Montag, 25.02.2013, 14.30 Uhr: „Irland – die grüne Insel“, Teil 3: Vom „Ring of Kerry“ bis nach Wexford. *

Dienstag, 26.02.2013, 14.30 Uhr: „Politik für unseren Alltag“: Gespräch mit dem Stadtverordneten Pete Heuer. *

Dienstag, 26.02.2013, 18.00 bis 20.00 Uhr: Potsdamer Intendanten: Ralf-Günter Krolkiewicz (1955 – 2008). Mit Ralf-Günter Krolkiewicz beendet die Rosa-Luxemburg-Stiftung ihre Reihe über Biografien und künstlerisches Wirken profilprägender Intendantenpersönlichkeiten des Hans-Otto-Theaters der Landeshauptstadt. Regisseur Claus Dobberke stellt den zeitkritischen, ruhelosen und künstlerisch vielseitigen Theatermann anhand von ausführlichem Videomaterial vor. **

Sonntag, 03.03.2013, 9.30 Uhr: Kommunalpolitische Aktivenkonferenz der LINKEN und des kommunalpolitischen forums Brandenburg - Starke und selbstbestimmte Kommunen - Im gemeinsamen Dialog von

BürgerInnen, KommunalpolitikerInnen und Sachverständigen werden die Entwicklungspotentiale und -hemmnisse der Brandenburger Kommunen analysiert und Schlussfolgerungen für linke Politik vor Ort gezogen. Grundlage der Debatte bilden die kommunalpolitischen Schwerpunkte des Leitbildentwurfes 2020plus der LINKEN Brandenburg. ORT: Kongresshotel Potsdam, Am Luftschiffhafen 1

Montag, 04.03.2013, 14.30 Uhr: „Potsdamer Anekdoten und Geschichten, Teil X – ein Wiedersehen mit Eva Dobrzinski-Petersein“. *

Dienstag, 05.03.2013, 14.30 Uhr: „Wenn wir auch zwei sind, unser Glück ist eins, mein Liebster hat mein Herz und ich hab' seins“ - aus dem Leben ei-

ner außergewöhnlichen Frau: Jenny von Westphalen. *

Mittwoch, 06.02.2013, ab 15.00 Uhr: Stadtverordnetenversammlung mit Einwohnerfragestunde, Stadthaus, Plenarsaal, Friedrich-Ebert-Straße 69/81

* Seniorentreff der Dahlweidstiftung im Zentrum Ost

** Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortu-str. 53